

Der Österreichische EU-Ratsvorsitz 2018 im Zeichen innenpolitischer Prioritäten

Josef Melchior

Der dritte Ratsvorsitz Österreichs fand unter besonderen Bedingungen statt: zum ersten Mal war während des österreichischen Vorsitzes eine explizit EU-kritische Partei vertreten; das Vertrauen der Bevölkerung in die EU hat in Folge der Finanz- und Migrationskrise stark gelitten und rechts-populistische und europaskeptische Parteien sind in zahlreichen Mitgliedsstaaten im Vormarsch. Die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, hat demonstriert, dass der Austritt aus der EU eine realpolitische Option darstellt. Der lange Zeit herrschende Konsens, dass die europäische Integration prinzipiell eine ‚gute Sache‘ ist, ist zerbrochen, und die Zukunft der Europäischen Union ist offener denn je.

ÖVP und FPÖ haben ihre europapolitischen Positionen angepasst und sind programmatisch näher gerückt. Die ‚neue ÖVP‘ ist im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2017 von ihrem herkömmlichen Selbstverständnis als ‚Europapartei‘ abgerückt (ÖVP 2015, 41–42). Anstelle der bedingungslosen Unterstützung eines immer engeren Zusammenschlusses in Europa in Richtung einer bundesstaatlichen Föderation tritt eine Haltung, die gerade die politische und die soziale Union ablehnt und stattdessen eine selektive Integration in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht anstrebt (Die neue Volkspartei o.J., 42–46).

Die entscheidende Kehrtwende der ‚neuen ÖVP‘ und Ausgangsbasis für die Zusammenarbeit mit der FPÖ bildete der Rechtsruck der ÖVP hin zu einer Partei, die den Kampf gegen illegale Migration, den politischen Islam, die innere Sicherheit und den Grenzschutz sowie die Vertretung der österreichischen Interessen in Europa ins Zentrum rückt (Die neue Volkspartei o.J.). Die Annäherung an EU-kritische Positionen der FPÖ drückt sich darin aus, dass die ‚neue ÖVP‘ für einen ‚Kurswechsel in Europa‘ eintritt. Die EU soll sich auf ihre ‚Kernkompetenz‘ – den gemeinsamen Handel – konzentrieren. Die Forderung einer Annäherung an Russland kommt den außenpolitischen Prioritäten der FPÖ entgegen, und die Forderung des Abbruchs der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist beiden Parteien gemeinsam (ebenda, 47).

Die FPÖ hat sich im Wahlprogramm 2017 für einen radikalen Rückbau der EU ausgesprochen: sie möchte ‚die historischen Fehlentwicklungen des Maastricht- und des Lissabon-Vertrages rückgängig‘ machen, EU-Kompetenzen auf die nationale Ebene zurückübertragen, aus dem währungspolitischen Haftungsverbund wie dem Europäischen Stabilitätsmechanismus austreten, und sie lehnt Freihandelsverträge wie TTIP und CETA ab (FPÖ 2017). Das ‚freiheitliche‘ Moment wurde transformiert in eine unternehmerfreundliche Haltung, die sich gegen den europäischen ‚Regulierungswahn‘ richtet. Damit gibt sich die FPÖ in wirtschaftspolitischer Hinsicht globalisierungskritisch und verbindet diese Haltung auf nationaler Ebene mit wohlstandschauvinistischen Positionen (Butterwegge 1998). Die EU soll durch eine Zusammenarbeit der ‚freien Völker und Vaterländer‘ ersetzt werden und das Motto ‚Österreich zuerst‘ liegt schon seit der Formu-

lierung des neuen Parteiprogramms im Jahr 2011 allen Überlegungen zu Grunde (FPÖ 2011).

Die rechts-konservativen Weichenstellungen der ÖVP waren mit ein Grund, weshalb sie bei den Nationalratswahlen den ersten Platz erringen konnte, und die Bildung einer Koalitionsregierung mit der FPÖ programmatisch nahe lag. Im Regierungsprogramm finden sich zum Thema EU auffällig wenige Ausführungen. Die Formel der Stärkung der ‚Subsidiarität‘ bringt das gemeinsame Anliegen zum Ausdruck, unter dem Stichwort der ‚Entbürokratisierung‘ und dem Verzicht auf das ‚Gold-Plating‘ von EU-Normen neoliberale Forderungen mit der Verteidigung nationalstaatlicher Souveränitätsansprüche zu verbinden. Daraus ergibt sich die Forderung der Regierungsparteien, dass die EU ‚weniger‘ tun, aber ‚effizienter‘ arbeiten soll, wobei nur der Außengrenzschatz explizit genannt wird (o.A. 2017, 23).

Die ÖVP war trotz des Abrückens vom uneingeschränkten EU-Integrationskurs bemüht, die Kontrolle über die EU-Politik in ihrer Hand zu behalten. Die EU-Agenden wurden vom Außenministerium ins Bundeskanzleramt verlegt und in die Verantwortung des ÖVP-Kanzleramtsministers Blümel übertragen (Parlamentskorrespondenz Nr. 1492 2018). Im Regierungsprogramm werden alle Regierungsmitglieder aufgerufen, sich um eine ‚aktive Gestaltung‘ des Vorsitzes zu bemühen, um ‚zu einem Kurswechsel‘ in der EU beizutragen (o.A. 2017, 24).

Der österreichische Ratsvorsitz zwischen Anspruch und Wirklichkeit

ÖVP und FPÖ hatten für den Ratsvorsitz drei Schwerpunkte definiert: 1. Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration; 2. Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung und 3. Stabilität in der Nachbarschaft – Heranführung des Westbalkans/Südosteuropas an die EU (Bundeskanzleramt Österreich 2018, 7–9).

Drei Maßnahmen waren für den Kampf gegen die illegale Migration vorgesehen, a) die Reform des europäischen Asylsystems, b) die Verstärkung des Außengrenzschatzes und c) die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten (Bundeskanzleramt Österreich Juni 2018, 7). Die Reform des europäischen Asylsystems beinhaltete sowohl die Reform der Dublin-Verordnung als auch die Vereinbarung gemeinsamer Regeln im Asylverfahren. Beide Anliegen lagen schon längere Zeit auf Eis, weil sich einige Regierungen, allen voran Ungarn, Polen und Tschechien weigerten, mehr Verantwortung im Asylbereich zu übernehmen und gemeinsame Standards mitzutragen. Offensichtlich war auch der Vorsitz nicht gewillt, hier besondere Anstrengungen zur Überwindung der Gegensätze zu unternehmen, hatten doch FPÖ-Politiker immer wieder das europäische Asylsystem und die geplanten Verteilungsmaßnahmen von Flüchtlingen innerhalb der EU kritisiert (Vilimsky 2017, FPÖ 2018). Obwohl fast alle Mitgliedsstaaten die Vorschläge der Kommission befürworteten und eine Einigung nahe schien, scheiterte die Reform letztendlich am Widerstand von Ungarn, Italien, Griechenland und Schweden (Zalan 2018).

Das Ziel mit der höchsten Priorität, das die österreichische Bundesregierung verfolgte, war die Sicherung der Außengrenzen. ÖVP und FPÖ propagierten die Schließung der Außengrenzen als kleinsten gemeinsamen Nenner der Mitgliedstaaten in der Asylfrage (Pfleger 2018). Im Dezember 2018 kam es im Rat nur zu einer partiellen Einigung über die Erweiterung des Mandats im Hinblick auf Rückführungsunterstützung und die Zu-

sammenarbeit mit Drittländern, aber nicht über den Zeitpunkt, den Umfang und die Entscheidungsmodalitäten in Hinblick auf den Unterstützungseinsatz von Frontex (Rat der EUa 2018). Das Ziel, die Kapazität von Frontex auf 10.000 Mann zu steigern, war damit in weite Ferne gerückt.

Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten sollte dazu führen, Asylsuchende von Europa fern zu halten und rasche Rückführungen zu ermöglichen. Innenminister Kickl hatte angekündigt, dass ‚Asylanträge nur noch außerhalb Europas‘ eingereicht und Flüchtlingszentren in Drittstaaten eingerichtet werden sollen (FPÖ 2018). Die Regierung hatte jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht: kein Drittland war bereit, auf eigenem Boden Auffanglager für die EU einzurichten (Nuspliger 2018, Peelin 2018).

Insgesamt fiel die Bilanz der Regierung im Hinblick auf ihre höchste Priorität, die ‚illegale Migration‘ zu bekämpfen, bescheiden aus: greifbare Fortschritte gab es lediglich in Bezug auf den Ausbau von Überwachungsmaßnahmen im Reiseverkehr, der Verbesserung der Interoperabilität bestehender Datenbanken mit DNA- und Fingerabdrücken von Asylsuchenden und Einreisenden auf nationaler und europäischer Ebene¹ sowie bei der Fokussierung der Zusammenarbeit nationaler und europäischer Behörden und von Instrumenten auf die Bekämpfung von Schleusernetzwerken (Rat der EU 2019). Vom angekündigten ‚Paradigmenwechsel‘ in der Asylpolitik blieb nicht viel übrig außer der Erkenntnis, dass selbst Politiken, die rechts-populistische Parteien als Anliegen bezeichnen, auf europäischer Ebene an den innenpolitischen Prioritäten ebendieser Parteien und dem fehlenden Willen zum Kompromiss scheitern.

Im wirtschaftlichen Bereich ging es der Regierung um die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch ‚Vermeidung von Überregulierung‘; die ‚Vollendung des digitalen Binnenmarktes‘; die Verbesserung der ‚Rahmenbedingungen für digitale Geschäftsmodelle und Dienstleistungen‘; eine ‚erneuerte Industriepolitik‘ und die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung sowie die ‚Besteuerung der digitalen Wirtschaft‘ zum Schutz vor schädlichem Steuerwettbewerb und Steuervermeidung (Bundeskanzleramt Österreich 2018, 8–9). Die meisten dieser Ziele betrafen laufende und vor dem Abschluss stehende Vorhaben auf europäischer Ebene. Das Thema der Vermeidung von zu viel europäischer Regulierung stand im Mittelpunkt der ‚Subsidiaritätskonferenz‘ im November in Bregenz. Dort wurde ein ‚Subsidiaritätspakt‘ verabschiedet, der alle Akteure auf europäischer und nationaler Ebene auffordert, die geltenden Prinzipien der Subsidiarität und Proportionalität systematisch anzuwenden, was keine Änderung des Status-quo darstellt (Europäische Kommission 2018a, Europäische Union 2018).

Eine Reihe von kleineren Fortschritten wurden erzielt im Hinblick auf Online-Informationendienste und online Behördenkontakte für Unternehmen, die Registrierung einer EU-Domain, Schutz vor Gewalt und Hetze im Internet und im Zugang und der Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und von Online-Inhalten von Hörfunk und Fernsehanstalten. Schließlich wurde ein ‚Investitionsscreening‘ von ausländischen Direktinvestitionen in der EU vereinbart, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, und eine Teileinigung auf eine neue Förderschiene für digitale Technologien (‚Digitales Europa‘) und Ziele für den digitalen Netzausbau (‚Connecting Europe‘) wurden definiert.²

Die Besteuerung der digitalen Wirtschaft war ein weiteres Anliegen der Regierung. Die Hoffnung war groß, dass eine Einigung erzielt werden könnte, nachdem die Kommission im März einen ersten Entwurf vorgelegt hatte und in der Öffentlichkeit große

Unterstützung für dieses Vorhaben bestand. Geplant war, dass Unternehmen, die mindestens einen weltweiten Umsatz von 750 Mio. € und einen EU-weiten Umsatz von 50 Mio. € erzielen, eine Steuer von 3% ihres Umsatzes in Europa abführen sollten (Rat der EUb 2018). Irland und einige skandinavische und nord-osteuropäische Länder verhinderten jedoch eine Einigung. Ein Kompromissvorschlag von Deutschland und Frankreich wird nun weiter verhandelt (ORF 2018a).

3. Der dritte Schwerpunkt der österreichischen Präsidentschaft lag auf dem Westbalkan und Südosteuropa (Bundeskanzleramt Österreich Juni 2018, 9). Da es sich dabei um einen langfristigen Prozess handelt, wo kein unmittelbarer Handlungsdruck besteht und die Ziele recht allgemein formuliert waren, war damit zu rechnen, dass man jedenfalls mit diplomatischen Initiativen punkten können. Auch dieser Schwerpunkt wurde dazu genutzt, das Thema Grenzschießung und Bekämpfung der illegalen Migration durch verstärkten Informationsaustausch und polizeiliche Zusammenarbeit ins Zentrum zu rücken (Bundeskanzleramt Österreich 2018, 37–38). Mit der ‚Westbalkan-Konferenz‘ im September 2018 in Wien wurde öffentlichkeitswirksam eine engere Zusammenarbeit zwischen fünf EU-Mitgliedstaaten und sechs Westbalkanstaaten verkündet (Österreichischer Vorsitz im Rat 2018). Abkommen mit Albanien und allen Staaten des Westbalkans sollen zu einer effektiveren Kontrolle der EU-Außengrenze sowie zur Bekämpfung des Drogenhandels und des Terrorismus beitragen (European Commission 2018a, European Commission 2018b).

Zur Bewertung des österreichischen Ratsvorsitzes

Eine EU-Präsidentschaft bedeutet heutzutage vor allem eines: für einen relative kurzen Zeitraum von sechs Monaten – gemessen an der Dauer von Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene – die Vorsitzführung in allen Ratsformationen und den ihnen vorgelagerten Entscheidungsgremien von den Ratsarbeitsgruppen bis zum Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) zu übernehmen (Tallberg 2003). Der Spielraum im Bereich des ‚agenda settings‘ ist im letzten Jahrzehnt immer kleiner geworden: zum einen durch die permanenten Präsidentschaften im Europäischen Rat, in der Eurogruppe und im Außenministerrat und zum anderen durch die Herausforderungen der Krisenbewältigung, die Einführung der 18-monatigen Trio-Präsidentschaften und die jährlichen Legislativprogramme der Europäischen Kommission (Batory and Puetter 2013). Daraus ergibt sich eine breite Palette an Zielen und Vorhaben, die die Arbeit eines Vorsitzes bestimmen und die nicht von ihm selbst definiert und ausgewählt worden sind. Das gilt auch für die mehr als 150 Vorhaben, die im Programm der österreichischen Präsidentschaft angeführt sind.³ Angesichts des bevorstehenden Endes der europäischen Gesetzgebungsperiode war das Interesse von Mitgliedsländern, Kommission und Europäischem Parlament groß, möglichst viele Vorhaben zum Abschluss zu bringen. Davon hat der österreichische Ratsvorsitz profitiert: es wurden 52 Rechtsakte, 53 politische Vereinbarungen mit dem Europäischen Parlament, 75 Vereinbarungen im Rat, 56 Schlussfolgerungen und Empfehlungen und 509 sonstige Entscheidungen im zweiten Halbjahr 2018 beschlossen (Österreichischer Vorsitz im Rat 2018).

Darunter waren einige Beschlüsse, die auch umstrittene Materien betrafen wie z.B. das Verbot von Einweg-Plastik, das Auslaufen der Förderung von Kohlekraftwerken oder neue

Ziele für die Reduktion des CO₂-Ausstoßes von PKW und LKW (Tageszeitung ‚Kurier‘ 2018c). Fortschritte konnten auch in der Vorbereitung der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen, im Verkehrsbereich und Energiebereich erzielt werden (Österreichischer Vorsitz im Rat 2018, Tageszeitung ‚Wiener Zeitung‘ 2018b). Für den Abschluss der Verhandlungen des Austrittsvertrages mit Großbritannien sorgte der EU-Chefverhandler Michel Barnier (Europäischer Rat 2018), wobei der Beitrag Österreichs kaum ins Gewicht fiel.

In den Medien wurde der österreichische Ratsvorsitz ambivalent beurteilt. Die professionelle Organisation wurde positiv hervorgehoben ebenso wie die Entscheidungsvorbereitung durch die österreichischen Beamten sowie die vielen kleinen Fortschritte, die erzielt werden konnten (Mayer 2019, Tageszeitung ‚Tiroler Tageszeitung‘ 2018, Böhm 2018, Schmidt 2018). Aus internationaler Sicht wurde kritisiert, dass die österreichische Präsidentschaft das selbstgesteckte Ziel, als ‚Brückenbauerin‘ in Europa zu fungieren und Gegensätze abzubauen, verfehlt habe (Ladurner 2018, Münch 2018, Tageszeitung ‚Basler Zeitung‘ 2018, Tageszeitung ‚Handelsblatt‘ 2018, Tageszeitung ‚Kleine Zeitung‘ 2018). Weitgehendes Unverständnis auf internationaler Ebene und bei vielen EU-Partnern löste die Entscheidung Österreichs aus, den UN-Migrationspakt nicht zu unterzeichnen (vgl. Tageszeitung ‚Der Standard‘ 2019, Tageszeitung ‚Kurier‘ 2018b, Schaart 2018). Mit der Entscheidung zur Anpassung der Höhe der Familienbeihilfe für in Österreich arbeitende EU-BürgerInnen an das wirtschaftliche Niveau des Landes, in dem die Kinder leben, provozierte Österreich mitten in der Präsidentschaft einen Konflikt mit der EU (ORF 2018b).

Die Oppositionsparteien im österreichischen Parlament beurteilten den österreichischen Vorsitz sehr kritisch. Die SPÖ bemängelte viele Versäumnisse und falsche Prioritäten; die NEOS die Überbetonung der Themen Migration und Asyl, das Schüren überzogener Erwartungen und die negativen Folgen der Verbindung von Nationalismus und Populismus; und der JETZT-Klubchef vermisste einen umfassenderen Ansatz in der Migrationspolitik und die Vernachlässigung der sozialen und ökonomischen Aspekte beim Thema Sicherheit (Parlamentskorrespondenz Nr. 1492 2018)

Schlussfolgerungen

Die ÖVP-FPÖ Regierung hat den österreichischen Vorsitz dafür genutzt, das Thema, das den beiden Parteien innenpolitisch zum Erfolg verholfen hatte, auch auf europäischer Ebene ins Zentrum zu rücken. Die Resultate blieben jedoch hinter der offensiven Ankündigungspolitik zurück. Selbst im Hinblick auf die Verstärkung des Außengrenzschutzes scheiterte die ‚Koalition der Tätigen‘ (Tageszeitung ‚Wiener Zeitung‘ 2018a) letztlich an sich selbst, nämlich der Bevorzugung nationalstaatlicher Agenden gegenüber europäischen Lösungen. Es wurde von Beobachtern schon zu Beginn der Präsidentschaft darauf hingewiesen, dass Österreich kaum erfolgreich als ‚ehrlicher Makler‘ auf europäischer Ebene auftreten wird können, nachdem es sich schon im Vorfeld klar auf die Seite der migrationspolitischen ‚Hardliner‘ geschlagen hatte (Herszenhorn u.a. 2018).

Es haben sich viele Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Ratsvorsitz vor allem für die FPÖ eine Gelegenheit darstellte, mit kontroversen Forderungen innenpolitisch bei den eigenen FunktionärInnen und WählerInnen zu punkten. Wenn die eigenen Forderungen auf europäischer Ebene nicht durchgesetzt werden, bestätigt das bestenfalls die

Unfähigkeit der Europäischen Union zur Problemlösung. Die Nicht-Unterzeichnung des UN-Migrationspaktes und die europarechtlich umstrittene Entscheidung zur Indexierung der Familienbeihilfe für EU-AusländerInnen belegen, dass der Anspruch, während des Ratsvorsitzes als ‚neutraler Vermittler‘ aufzutreten, keine Priorität besaß.

Für die Regierung war es wichtig, auch in der Europapolitik gegenüber der österreichischen Öffentlichkeit geeint aufzutreten. Dass dies weitgehend gelungen ist, liegt wesentlich daran, dass sowohl ÖVP als auch FPÖ einen EU-kritischen Kurs eingeschlagen haben, der es beiden Parteien erlaubt, selektives Europaengagement mit EU-Kritik zu verbinden. Im Falle der ÖVP ist es das Festhalten an den Vorteilen des Binnenmarktes und der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Ablehnung einer tief ergehenden Sozialunion; und im Falle der FPÖ sind es die Stärkung polizeilicher Instrumente und des Grenzschutzes durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Ablehnung der EU als Integrationsprojekt. Mit einem solch ‚neoliberal-national-konservativen Kurs‘ (Soukup 2018) war es möglich, eine Präsidentschaft zu bestreiten, ohne dass es zu massiven Verwerfungen im Entscheidungsprozess gekommen wäre.

Der wirtschaftspolitische Status-quo auf europäischer Ebene entspricht weitgehend den Vorstellungen der ÖVP, der es mehr auf eine unternehmerfreundlichere Umsetzung von EU-Mindeststandards in Österreich ankommt als auf eine noch weitergehende De-regulierung auf EU-Ebene. Und der FPÖ reicht der Nachweis, dass sie sich für ihre Positionen auf europäischer Ebene stark macht, da sie – als nationalistische und EU-skeptische Partei - auf den Beifall der europäischen Partnerländer nicht angewiesen ist und an europäischen Lösungen kein genuines Interesse besitzt.

Es war nicht das erste Mal, dass eine Regierung mit einer EU-kritischen Partei den Vorsitz im Rat innehatte. Für die Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Institutionen spielt der Vorsitz zwar nach wie vor eine bedeutende Rolle, der Vorsitz hat seit dem Lissabonner Vertrag aber viel von seiner integrationspolitischen Steuerungsfunktion eingebüßt (Leconte 2012). Mehr als eine Verwaltung des Status-quo war angesichts der europaskeptischen Haltungen in der Regierungskoalition und den Konfliktlagen in der EU nicht zu erwarten. Keine der Regierungsparteien hatte ein Interesse an einer Eskalation der Beziehungen zur EU und für beide Parteien war es im ersten Jahr der Zusammenarbeit wichtig, auf der innenpolitischen Bühne Geschlossenheit auch in EU-Angelegenheiten zu demonstrieren. Die kommenden Wahlen zum europäischen Parlament werden in dieser Hinsicht für die rechts-konservativen Regierungsparteien eine größere Herausforderung als es der Ratsvorsitz war.

Anmerkungen

- 1) Siehe die Pressemitteilung des Rates der EU: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/09/developing-it-systems-in-the-area-of-freedom-security-and-justice-council-agrees-a-stronger-role-for-eu-lisa/> (6.1.2019)
- 2) Vgl. die Online-Dokumentation des Rates der EU ‚Der digitale Binnenmarkt in Europa‘: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/digital-single-market/> (6.1.2019) sowie <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1953> (20.1.2019)
- 3) Eigene Auszählung der im Vorsitzprogramm genannten Legislativvorhaben, Projekte und Maßnahmen, vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2018). Programm des österreichischen Ratsvorsitzes. Vorsitz im Rat der Europäischen Union 1. Juli – 31. Dezember 2018. Wien: 67.

Literaturverzeichnis

- Batory, A. and U. Puetter (2013): Consistency and diversity? The EU's rotating trio Council Presidency after the Lisbon Treaty, *Journal of European Public Policy* 20(1): 95–112.
- Böhm, Wolfgang (2018): Österreichs EU-Vorsitz: Sechs Monate voll Glanz, aber mit bescheidener Bilanz. https://diepresse.com/home/ausland/eu/5550194/Oesterreichs-EUVorsitz_Sechs-Monate-voll-Glanz-aber-mit (22.12.2018)
- Bundeskanzleramt Österreich (2018): Programm des österreichischen Ratsvorsitzes. Vorsitz im Rat der Europäischen Union 1. Juli – 31. Dezember 2018. Wien: 67.
- Butterwegge, Christoph (1998): Abschied vom Sozialstaat. Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus als geistig-politische Anknüpfungspunkte des Rechtsextremismus In: Gessenharter, Wolfgang (1998) *Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?* Opladen, Leske und Budrich: 147–161.
- Die neue Volkspartei (o.J.): Sebastian Kurz Wahlprogramm. Teil 3: Ordnung und Sicherheit, Wien.
- Europäische Kommission (10.7.2018): Subsidiarity and Proportionality: Task Force presents recommendations on a new way of working to President Juncker. Brüssel.
- Europäische Union (2018): Report of the Task Force on Subsidiarity, Proportionality and “Doing Less More Efficiently”. Brüssel.
- Europäischer Rat (2018): Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (Artikel 50) – Schlussfolgerungen. Brüssel.
- European Commission (2018a): Border management: EU signs agreement with Albania on European Border and Coast Guard cooperation, unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6004_en.pdf (11.02.2019)
- European Commission (2018b): Signature of the Joint Action Plan on Counter-Terrorism for the Western Balkans, unter: https://ec.europa.eu/home-affairs/news/signature-joint-action-plan-counter-terrorism-western-balkans_en (11.02.2019)
- FPÖ (2018): Kopernikanische Wende in der Asylpolitik, unter: <https://www.fpoe.at/artikel/kopernikanische-wende-in-der-asylpolitik/> (11.02.2019)
- FPÖ (2011): Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Österreich zuerst. Graz.
- FPÖ (2017): Österreicher verdienen Fairness. Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017. Wien.
- Herszenhorn, David/Eder, Florian/Barigazzi, Jacopo (2018): Sebastian Kurz's European debutante ball, unter: <https://www.politico.eu/article/sebastian-kurz-austria-europe-presidency-problem/> (11.02.2019)
- Ladurner, Ulrich (2018): Pompös begonnen, prosaisch geendet, unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-12/eu-praesidentschaft-oesterreich-sebastian-kurz-migration-fluechtlingspolitik> (11.02.2019)
- Leconte, Cecile (2012): Eurosceptics in the Rotating Presidency's Chair: Too Much Ado About Nothing? *Journal of European Integration* 34(2): 133–149.
- Mayer, Thomas (2019): Ratsvorsitz: Österreich verwaltete die tiefe EU-Krise routiniert weiter, unter: <https://www.derstandard.de/story/2000095059502/ratsvorsitz-oesterreich-verwaltete-die-tiefe-eu-krise-routiniert-weiter> (11.02.2019)
- Münch, Peter (2018): Auf dem Boden der Tatsachen, unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/oesterreichs-eu-vorsitz-auf-dem-boden-der-tatsachen-1.4264435> (11.02.2019)
- Nuspliger, Niklaus (2018): Niemand spricht mehr von Anlandeplattformen und EU-Zentren für Flüchtlinge, unter: <https://www.nzz.ch/international/migrationspolitisches-schattenboxen-in-bruessel-ld.1446596> (11.02.2019).
- o.A. (2017): Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017-2022. Wien: 179.
- ORF (2018a): Stichtag für ein Prestigeprojekt, unter: <https://orf.at/stories/3102980/> (11.02.2019)
- ORF (2018b): EU-Verfahren wegen Indexierung droht, unter: <https://orf.at/stories/3077581/> (11.02.2019)
- Österreichischer Vorsitz im Rat (13.9.2018): Westbalkan-Konferenz: Prüm-Abkommen für Südosteuropa unterzeichnet, unter: <https://www.eu2018.at/de/latest-news/news/09-13-Westbalkan-Konferenz-Pr-m-Abkommen-fr-S-dosteuropa-unterzeichnet.html> (11.02.2019)
- Österreichischer Vorsitz im Rat (21.12.2018): The Austrian Presidency of the Council of the EU: Accomplishments and challenges, unter: <https://www.eu2018.at/latest-news/news/21-21-The-Austrian-Presidency-of-the-Council-of-the-EU--Accomplishments-and-challenges.html> (11.02.2019)
- ÖVP (2015): Grundsatzprogramm der ÖVP. Wien.
- Parlamentsskorrespondenz Nr. 1492 (12.12.2018): Nationalrat zieht Bilanz über Österreichs EU-Ratsvorsitz, unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1492/#XXVI_NRSITZ_00055 (11.02.2019)

- Peelin, M. (25.6.2018): Austria to push hardline migration policy in EU presidency, unter: <https://www.ft.com/content/6a856100-7860-11e8-bc55-50daf1b720d> (11.02.2019)
- Pfleger, Philip (2018): EU-Gipfel: „Brückenbauer“ in schwierigem Gelände, unter: <https://orf.at/m/stories/3026681/> (11.02.2019)
- Rat der EU (2019): Verstärktes Vorgehen gegen Schleusernetze: ein umfassendes und operatives Maßnahmenpaket, Brüssel, unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/12/06/migrant-smuggling-council-approves-a-set-of-measures-to-fight-smuggling-networks/> (11.02.2019)
- Rat der EUa (2018): Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zum gemeinsamen System einer Digitalsteuer auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen – Allgemeine Ausrichtung, Brüssel.
- Rat der EUB (2018): Stärkung der Außengrenzen, unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/strengthening-external-borders/> (11.02.2019)
- Schaart, Eline (2018): Under far-right pressure, Europe retreats from UN migration pact, unter: <https://www.politico.eu/article/migration-un-viktor-orban-sebastian-kurz-far-right-pressure-europe-retreats-from-pact/> (11.02.2019)
- Schmidt, Paul (2018): Pflicht gelungen – Kür durchwachsen, unter: https://www.wienerzeitung.at/meinungen/gastkommentare/1009447_Pflicht-gelungen-Kuer-durchwachsen.html (11.02.2019)
- Soukup, Nikolai (2018): Schwarz-blaue EU-Politik: Subsidiarität als verbindende Klammer für einen neoliberal-national-konservativen Kurs, Kurswechsel(3): 100–108.
- Tageszeitung „Basler Zeitung“ (2018): Am Ende Spalter statt Brückenbauer. Die Bilanz der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs fällt bestenfalls durchwachsen aus, unter: <https://bazonline.ch/bazonline.ch/ausland/europa/am-ende-spalter-statt-brueckenbauer/story/1622851> (11.02.2019)
- Tageszeitung „Der Standard“ (2019): EU-Lob für Wiens Ratsvorsitz, Bedauern über Haltung zu Migrationspakt, unter: <https://www.derstandard.de/story/2000095594013/bruessel-lob-fuer-oesterreichs-ratsvorsitz-bedauern-zu-migrationspakt-haltung?ref=rec> (11.02.2019)
- Tageszeitung „Handelsblatt“ (2018): Alpenrepublik: Sieben Gründe, warum Österreichs EU-Ratspräsidentschaft enttäuscht hat, unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/alpenrepublik-sieben-gruende-warum-oesterreichs-eu-ratspraesidentschaft-enttaeuscht-hat/23761076.html> (11.02.2019)
- Tageszeitung „Kleine Zeitung“ (2018a): Presse zieht Bilanz: Österreich war während EU-Präsidentschaft kein Brückenbauer, unter: <https://www.kleinezeitung.at/politik/eu/5551219/> (11.02.2019)
- Tageszeitung „Kurier“ (2018b): Scharfe Kritik an Österreichs EU-Ratspräsidentschaft, unter: <https://kurier.at/amp/politik/ausland/scharfe-kritik-an-oesterreichs-eu-ratspraesidentschaft/400354786> (11.02.2019)
- Tageszeitung „Kurier“ (2018c): Köstinger will nicht nach Brüssel: „Mache ich sicher nicht“, unter: <https://kurier.at/politik/inland/eu-kommissarin-koestinger-das-mache-ich-sicher-nicht/400361339> (11.02.2019)
- Tageszeitung „Tiroler Tageszeitung“ (2018): Bilanz über EU-Vorsitz: Tusk und Juncker loben Kurz, SPÖ mit Kritik, unter: <https://www.tt.com/politik/europapolitik/15129017/bilanz-ueber-eu-vorsitz-tusk-und-juncker-loben-kurz-spoe-mit-kritik> (11.02.2019)
- Tageszeitung „Wiener Zeitung“ (2018a): „Paradigmenwechsel“ in der Migrationspolitik, unter: https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/976568_Paradigmenwechsel-in-der-Migrationspolitik.html (11.02.2019)
- Tageszeitung „Wiener Zeitung“ (27.12.2018b): Minister ziehen positive Bilanz, unter: https://www.wienerzeitung.at/dossiers/eu_vorsitz/1009315_Minister-ziehen-positive-Bilanz.html (11.02.2019)
- Tallberg, Jonas (2003): The agenda-shaping powers of the EU Council Presidency. *Journal of European Public Policy*. 10: 1–19.
- Vilimsky, Harald (2017): Gescheiterte EU-Asylpolitik, unter: <https://www.fpoe.eu/gescheiterte-eu-asylpolitik/> (11.02.2019)
- Zalan, Elin (2018): EU leaders stuck on asylum reform, unter: <https://euobserver.com/migration/143725>, euobserver.com (11.02.2019)